

---

# Flucht und Fluten

Überschwemmungen, Dürren, Hitze: Die Auswirkungen der Erderwärmung werden weltweit immer sichtbarer.

Viel wird derzeit darüber diskutiert, inwieweit der Klimawandel Migrationsbewegungen antreibt – und was die Politik tun kann.

**Von Benjamin Schraven**

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

*Nass mit Sack und Pack: Überflutete Straße in Lopburi,  
Thailand, September 2021.*

Die Flutkatastrophe, die Teile von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Juli 2021 getroffen hat, führte der deutschen Öffentlichkeit deutlich vor Augen, dass die Auswirkungen des Klimawandels auch Mitteleuropa erreicht haben. An einigen Orten müssen sich die Menschen sogar die Frage stellen, ob sich ein Wiederaufbau angesichts künftig zu erwartender Flutereignisse überhaupt lohne und ob es nicht sinnvoller sei, an einen anderen Ort zu ziehen. Wird Deutschland es schon bald mit seinen ersten „Klimaflüchtlingen“ zu tun haben?

Dabei drehte sich die öffentliche Wahrnehmung bis dato eher um die Frage, wie viele Menschen aus dem globalen Süden durch die Folgen der globalen Erwärmung ihre Heimat verlieren würden. Medienberichte mit Überschriften wie „Eine Milliarde Klimaflüchtlinge?“ (Focus Online) zeigen die Erwartung vieler Beobachter, dass sich die Betroffenen bald auf den Weg Richtung Europa und Nordamerika machen könnten. Das Bild eines Massenansturms von zig Millionen Menschen auf den globalen Norden ist dabei ein Bedrohungsszenario, das gerne von Regierungs-, Nichtregierungs- und internationalen Organisationen genutzt wird, um für Klimaschutz oder entwicklungspolitische Maßnahmen zu werben.

## Falscher Alarm

Zig Millionen Klimaflüchtlinge – glaubt man den jüngsten Erkenntnissen der Forschung zum „Klima-Migrations-Nexus“, so ist ein solches Szenario weit weniger wahrscheinlich als oft geglaubt. Zwar gibt es die Migrationsforschung schon seit dem späten 19. Jahrhundert, doch über Jahrzehnte war sie vergleichsweise still, was die Auswirkungen von Umweltfaktoren auf die menschliche Mobilität angeht. Das änderte sich erst, als das Umweltpro-

gramm der Vereinten Nationen (UNEP) Mitte der 1980er Jahre seine Definition eines „Umweltflüchtlings“ publizierte. Auch wenn diese Definition so breit angelegt war, dass sie sich kaum für eine wissenschaftliche Behandlung eignete, sorgte sie doch dafür, dass auch das akademische Interesse am Thema in den späten 1980er und 1990er Jahren wuchs.

## *Einen Ansturm von zig Millionen erwartet die Forschung zu Klima und Migration heute nicht*

Kennzeichnend für diese Zeit war, dass die wissenschaftliche Szene zur Klimamigration in zwei Lager zerfiel: Auf der einen Seite fanden sich vor allem Naturwissenschaftler, die vor den zu erwartenden sehr heftigen – wenn nicht gar singulären – Auswirkungen der globalen Erwärmung auf Migration und Flucht weltweit warnen. Diese sogenannten Alarmisten haben sich insofern als besonders einflussreich erwiesen, als einige ihrer Prognosen bis heute gerne in Politik oder Medien zitiert werden. Vor allem die These des renommierten Biodiversitätsexperten Norman Myers von 1995, dass die Weltgemeinschaft bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts mit 200 Millionen „Klimaflüchtlingen“ rechnen müsse, taucht bis heute regelmäßig in Medienberichten oder anderen nichtwissenschaftlichen Publikationen auf – und das, obgleich die übergroße Mehrheit der Forschenden die der Myerschen Prognose zugrundeliegende Methodik schon lange als eindeutig nicht haltbar ablehnen.

Auf der anderen Seite positionierten sich die vor allem aus den Sozialwissenschaften, der Ökonomie und Migrations-



**Dr. Benjamin Schraven**

ist Analyst zu Fragen von internationaler Migration und Associate Fellow des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE).

forschung kommenden Skeptiker, die eher eine differenzierte Betrachtungsweise auf die Zusammenhänge zwischen ökologischem Wandel und Migration hatten, die Vielschichtigkeit von Migrationsentscheidungen betonten und eine Singularität des Faktors Klimawandel ablehnten.

Aufgrund des wachsenden Interesses am Thema Klimawandel und der befürchteten Auswirkungen auf Migrationsprozesse wurden seit den 2000er Jahren in wachsendem Maße auch größere Forschungsprojekte und -initiativen finanziert. Diese stützen sich oft nicht mehr nur auf Einzelfallstudien, sondern analysieren und vergleichen mehrere Regionen oder Länder in unterschiedlichen Weltregionen.

### *Oft ist es schwer zu bestimmen, ob der Klimawandel oder andere Faktoren zur Migration führen*

Die Forschungserkenntnisse der vergangenen rund 15 Jahre zur Klimamigration scheinen alarmistische Erwartungen und Annahmen insgesamt eher nicht zu bestätigen. Es ist zwar offenkundig, dass der Klimawandel mehr und folgenreichere, plötzlich auftretende Naturkatastrophen wie Fluten mit sich bringt und somit die unmittelbare Gefährdung der menschlichen Sicherheit an vielen Orten rund um den Globus wächst. Und auch schleichende Prozesse als Folge der globalen Erwärmung, wie etwa sich signifikant wandelnde Niederschlagsmuster in verschiedenen Erdregionen, gefährden die landwirtschaftliche Produktion und sonstige wirtschaftliche Aktivitäten. Beide Prozesse können den Migrationsdruck deutlich erhöhen.

Allerdings ist sich die Forschung ebenfalls einig, dass selbst in ökologisch ausgesprochen verletzlichen Gebieten wie dem Horn von Afrika Migrationsentscheidungen sehr komplex sind und in der Regel stark von anderen – politischen, sozialen, wirtschaftlichen oder demografischen – Faktoren beeinflusst werden. Oft verschärft der Klimawandel vorhandene Probleme wie die fehlende Ernährungssicherheit – Probleme, die dann Migrationsprozesse auslösen und begünstigen können.

Oft ist es aber sehr schwer zu bestimmen, ob der Klimawandel oder andere Faktoren ausschlaggebend waren. Viele der Hotspots des Klimawandels in Afrika, Lateinamerika oder Asien sind durch fragile Staatlichkeit, repressive Regime, einen Mangel an wirtschaftlichen Perspektiven oder Konflikte gekennzeichnet. Faktoren also, die Flucht und Migration ohnehin begünstigen. Wenn es in diesem Kontext zu Migration kommt, dann ziehen viele Menschen keineswegs permanent an einen anderen Ort. Aufgrund der mangelhaften Datenlage lässt es sich nicht mit absoluter Sicherheit sagen, doch die wahrscheinlich häufigste Form menschlicher Mobilität, die im Kontext des Klimawandels auftritt, ist zirkuläre Arbeitsmigration. Das bedeutet, dass oft nur ein einziges Mitglied eines Haushalts seine Heimat für einen begrenzten Zeitraum verlässt, um woanders (etwa im informellen Sektor der Städte) zu arbeiten. Das kann ein entscheidender Beitrag sein, die durch den Klimawandel erlittenen Schäden wie etwa Ernteausfälle zu kompensieren.

Die Frage, inwieweit Migration auch eine Anpassungsstrategie an den Klimawandel sein kann, ist eine der zentralen Forschungsfragen. Aber nicht nur bei freiwilliger Migration, sondern auch bei Fluchtprozessen im Zusammenhang mit Naturkatastrophen kehren Menschen oft-

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

*Klimawandel und Umweltverschmutzung: Verdorrtes Maisfeld in Hoopstad, Südafrika (links), Müllberge in einem Slum in Nairobi, Kenia (rechts).*

mals nach einigen Tagen, Wochen oder Monaten wieder in ihre Heimat zurück.

Da es sich bei den am schwersten von den Folgen klimatischen Wandels betroffenen Menschen vor allem um arme Bevölkerungsgruppen des globalen Südens handelt (Kleinbauern, Viehnomaden, Städter in prekären Verhältnissen), fehlt es diesen häufig an den notwendigen Ressourcen, um über größere Distanzen hinweg zu migrieren. Mobilität im Kontext des Klimawandels findet überwiegend innerhalb der Landesgrenzen oder zwischen benachbarten Ländern statt. Ein millionenfacher Ansturm von Klimaflüchtlingen auf Europa oder andere Teile des globalen Nordens ist bis auf Weiteres unwahrscheinlich.

## **Kein Grund zur Entwarnung**

Allerdings bieten die Erkenntnisse der Forschung auch keinen Anlass, den Zusammenhang zwischen Ökologie und Mobilität mit Sorglosigkeit zu betrachten. Denn eine Folge des Klimawandels, die im Zweifel problematischer ist als Mobilität, ist das Gegenteil: erzwungene Immobilität. Viele der vom Klimawandel Betroffenen sind so arm, dass sie gar nicht mehr mobil sein

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

können. Der Klimawandel beraubt sie der dafür notwendigen Ressourcen und verurteilt sie zur Immobilität – etwa im Falle von Viehnomaden, deren Vieh dürrebedingt verendet. Diese Menschen werden von den fortschreitenden Folgen der globalen Erwärmung größtenteils schlimmer getroffen als diejenigen, die mobil sind.

Wir müssen zudem davon ausgehen, dass Zwangsmigration und Umsiedlungen als Folge des Klimawandels in den kommenden Jahrzehnten deutlich zunehmen werden. Der Anstieg des Meeresspiegels alleine bedroht Küstenstädte, zahlreiche Territorien – etwa Teile Bangladeschs –, aber auch ganze Staaten im Südpazifik. Die Weltbank geht in einer aktuellen, auf einer Modellrechnung basierenden Studie davon aus, dass bis zum Jahr 2050 über 200 Millionen Menschen weltweit aufgrund

des Klimawandels migrieren könnten – wohlge­merkt als Binnenmigranten und nicht als „Klimaflüchtlinge“, die über große Distanzen wandern. Auch wenn sich alarmistische Bedrohungsszenarien der „Klimamigration“ in dieser Form nicht bewahrheiten sollten, kann man über die Folgen solcher Entwicklungen hinsichtlich gesellschaftlicher und ökonomischer Stabilität in den betroffenen Ländern und Regionen allenfalls mutmaßen. Sorglosigkeit wäre jedenfalls unangemessen.

Zwar wurde das Thema Klimamigration vor über zehn Jahren formell in die internationale Klimapolitik integriert, als das 2010 verabschiedete Cancun Adaptation Framework die Mitgliedstaaten des Klimasekretariats der Vereinten Nationen (UNFCCC) dazu aufforderte, nicht nur die Forschung über klimabedingte Mobilität voranzutreiben, sondern auch die diesbezüglichen Aktivitäten zu intensivieren und besser zu koordinieren. Und im Anschluss an die Pariser Klimakonferenz von 2015 wurde eine eigene Task Force on Displacement im Rahmen des Warsaw International Mechanism for Loss and Damage des UNFCCC ins Leben gerufen.

Insgesamt hält sich die Klimapolitik hier aber sehr zurück. Das zeigt sich auch in nationalen Klimapolitiken: Zwar taucht das Thema Migration zuweilen in nationalen Klimaschutzbeiträgen auf. Allerdings wird Migration dann zumeist nur als etwas behandelt, das es mit Klimaschutz oder Anpassungspolitik zu verhindern gilt. Das liegt sicherlich daran, dass es zwar eine steigende Anzahl wissenschaftlicher Publikationen zum Thema gibt, aber nur wenige belastbare Daten. Hinzu kommt, dass sich die Klimapolitik in ihrem Selbstverständnis lange als ein Politikfeld begriffen hat, dessen Aufgabe es unter anderem ist, Menschen vor Migration zu bewahren. Fragen wie die, wie lange Menschen an

bestimmten Orten überhaupt noch werden leben können, sind zudem von sehr sensibler Natur.

### **Schwierige Zuordnung**

Auch die Migrationspolitik, die ja traditionell noch stärker als andere Politikfelder vorwiegend als ureigene Domäne des Nationalstaats begriffen wird, tut sich schwer mit der Klimamigration. Ein von Klimaaktivisten oft geforderter eigener völkerrechtlicher Schutzstatus für „Klimaflüchtlinge“ dürfte nicht ganz einfach umzusetzen sein, auch aufgrund der schwierigen Zuordnung: Ab wann ist es wirklich auf den Klimawandel zurückzuführen, dass Menschen fliehen müssen? Auch aufgrund des Widerstands der Länder des globalen Nordens scheinen derlei Unterfangen bis auf Weiteres sehr unrealistisch.

*Bis 2050 könnten über 200 Millionen Menschen aufgrund des Klimawandels migrieren – wohlge­merkt als Binnenmigranten*

Dass US-Präsident Joe Biden Optionen prüfen lässt, wie man Menschen besser schützen kann, die aufgrund des Klimawandels ihre Heimat verlassen müssen, lässt da durchaus aufhorchen. Nichtsdestotrotz ist es wenig wahrscheinlich, dass dies fundamentale politische und rechtliche Änderungen nach sich zieht.

Zwar wird der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration im Globalen Migrationspakt von 2018 angesprochen. Auch in internationalen migrationspolitischen Foren wird das Thema

diskutiert. Wie sehr sich das in konkrete Politiken umsetzen lassen wird, bleibt aber auch an dieser Stelle völlig ungewiss.

Daneben gibt es durchaus einige Initiativen, die künftig neue politische Dynamiken beim Thema „Klimamigration“ entfachen könnten. So wurde vor einigen Jahren die Platform on Disaster Displacement gegründet, eine von mehreren Staaten wie Deutschland getragene Initiative, mit deren Hilfe effektive Maßnahmen zur Unterstützung von Geflüchteten im Kontext von Naturkatastrophen auf regionaler Ebene (zum Beispiel in Ostafrika) gefördert werden sollen. Und auch in der Entwicklungszusammenarbeit gibt es mittlerweile Programme, die sich explizit dem Thema „Klimamigration“ widmen.

## **Verantwortung des globalen Nordens**

Zusammenfassend bestätigen die Erkenntnisse der Forschung alarmistische Befürchtungen nicht, wonach Europa oder Nordamerika schon bald ein riesiger Ansturm von Millionen von „Klimaflüchtlingen“ drohe. Vielmehr deutet einiges darauf hin, dass das Verhältnis zwischen ökologischem Wandel und menschlicher Mobilität ein sehr komplexes ist. Notwendig scheint ein politisches Bewusstsein, das nicht nur auf dem Reflex beruht, Migration durch mehr Klimaschutz oder Anpassungsmaßnahmen pauschal verhindern zu wollen. Dieses Bewusstsein muss der Komplexität Rechnung tragen und sich in differenzierten politischen Lösungen widerspiegeln.

Wie bei anderen Migrationskontexten sollten diese Lösungen auf einem Leitbild beruhen, das zum einen die Ursachen von Flucht und Gewaltmigration behandelt. Zum anderen müssen auch die Rahmenbedingungen für andere Mobilitätsformen unter dem Leitbild einer sicheren, geordneten und regulären Migration gefördert werden. Ebenso müssen Geflüchtete durch

nachhaltigere Finanzierungs- und Integrationsmodelle besser unterstützt werden. Dasselbe gilt für vulnerable Bevölkerungsgruppen, die nicht mobil sein können.

Dabei ist auch die Wissenschaft gefordert, sich noch stärker in mediale, politische und öffentliche Debatten einzulassen, um eine sachbezogene Debatte einzufordern und allzu simplifizierende Narrative zu widerlegen. Nicht weniger wichtig wird es sein, die Datenlage in Sachen Klimawandel und Migration zu verbessern. Da es schwierig ist, umfangreiche Lösungen auf globaler Ebene zu finden und Mobilitätsprozesse im Klimakontext vor allem landesintern oder intraregional stattfinden, sollte ein Fokus dieser Bemühungen besonders auf der nationalen und regionalen Ebene liegen. Der Klima-Migrations-Nexus muss quer durch verschiedene Politikfelder etwa in nationalen Anpassungs- und Migrationspolitiken oder auf der Ebene von Regionalorganisationen wie der westafrikanischen ECOWAS oder dem südostasiatischen Verband ASEAN noch stärker integriert werden.

Für ärmere Länder ist dafür die Unterstützung des globalen Nordens unerlässlich. Dessen historische Mitverantwortung für den globalen Süden und für Migrationsprozesse, die sich dort abspielen, lässt sich nicht nur an historischen Treibhausgasemissionen festmachen. Kolonialismus, globale Macht- und Wirtschaftsstrukturen tun ihr Übriges. Darüber hinaus müssen sich die Menschen und die politisch Verantwortlichen im globalen Norden darauf einstellen, dass Prozesse von klimawandelbezogener Migration in wachsendem Maße auch in ihren eigenen Ländern ein Thema sein werden. Die Flutereignisse vom Juli 2021 werden aller Voraussicht nach nicht die letzten Katastrophen dieser Art gewesen sein, die Deutschland erleben wird. IP